

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 17, 24. August 2000

rechts

Einblicke

Links nach rechts

Von Juri Maier

Die ganze Republik scheint derzeit fieberhaft den Rechts-
extremismus im Internet zu suchen. So war in der „Süd-
deutschen Zeitung“ zu lesen, dass rechtsextreme Agitation
indirekt auch über die Linkliste des BNR-Angebots auf-
findbar ist.

Dass man Internet-Angebote über Ketten von Links finden
kann, war dem „blick nach rechts“ bekannt. Neu ist, dass
Dritte die Internet-Adresse „www.nazi.de“ reserviert und
auf die Linkseite des BNR umgeleitet haben. Da die Eingabe
einer Internet-Adresse keine ungewöhnliche Suchstrategie
ist, haben wir überprüft, ob der BNR so zum reinen Zwischenstopp
auf der Suche nach rechter Propaganda würde. In diesem Zusammenhang
wurde ein fraglicher weiterführender Link zeitweise deaktiviert.

Daraufhin erhielt der BNR die Aufmerksamkeit des Internet-
Magazins „Telepolis“. Der BNR wurde als erstes Opfer einer
republikweiten Säuberungshysterie identifiziert. In einem anderen
Artikel wurde der Vorgang sogar als „Zensur“ beschrieben.

Um alle Seiten zu beruhigen: Der BNR hat seine Auffassung
nicht geändert. Auf den eigenen Seiten setzt der BNR prinzipiell
keine Links auf rechte Websites. Sollten uns andere Informations-
angebote interessant erscheinen, werden sie unabhängig davon,
ob sie nun Links auf ihre Quellen für angemessen halten oder nicht,
in die Linkliste aufgenommen. Klar ist, dass sich rechtsextreme
Propaganda im Internet nicht verstecken lässt. Es ist aber auch
nicht Aufgabe des BNR, den Zugriff darauf zu erleichtern.

Die Debatte um rechte Websites ist nur ein Schaukampf. Die
einen haben in der Suche nach rechten Websites offenbar eine
zeitgemäße Alibihandlung entdeckt, anderen geht es letztlich
um die Verteidigung der Meinungsfreiheit. Wem es um den Ursprung
von rechter Gewalt und Rassenhass geht, der muss woanders
suchen.

Juri Maier ist Geschäftsführer der Internetagentur „Wegewerk“

Trotz Verbot nicht tot

Die Kameradschaft „Hamburger Sturm“ wurde von der Innenbehörde zwar aufgelöst. Die Szene ist aber weiterhin aktiv.

Seite 2 ■

Web-Welt der Neonazis

Auf den braunen Seiten im Internet grüßt man sich mit „Sieg Heil“ oder hängt dem eigenen Namen die „88“ an.

Seite 3 ■

Eine „Neue Ordnung“

Bekanntnisse der NPD zum Grundgesetz sind als reine Schutzbehauptung zu bewerten. Die Zusammenarbeit mit Neonazis führt auch zu Konflikten.

Seite 4 ■

Anschläge auf Gegner

Im Raum Elmshorn und Pinneberg hat sich massiv eine kriminelle rechte Gewalt breit gemacht.

Seite 6 ■

Föderales Reich Europa

Den „neu“rechten Europäischen Synergien dient die italienische Lega Nord zum Vorbild.

Seite 9 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlhöfel

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Trotz Verbot nicht tot**

Der „Hamburger Sturm“ wurde von der Innenbehörde aufgelöst. Die Neonazis sind aber weiter äußerst aktiv.

„Deutsche Jugend liest den Sturm“ titelte das Autorenkollektiv des „Hamburger Sturm“ im Frühjahr 2000. Damit ist nun Schluss. Die Nummer 22 der rechtsextremen Periodika war die letzte Ausgabe. Der Hamburger Innensenator Hartmuth Wrocklage (SPD) hat die Publikation und die dahinter steckende gleichnamige Gruppierung verboten. Es handelt sich bei dem „Hamburger Sturm“ zwar um eine Kameradschaft, doch sei diese durch ihre Struktur und ihre Außendarstellung wie ein Verein zu bewerten, so die Innenbehörde der Hansestadt.

Die Verbotsverfügung wurde Torben Klebe (23), Thorsten Bärthel (33), Andreas Heine (24) und Jan Steffen Holthusen (24) persönlich übergeben. Dazu fand bei Klebe eine Hausdurchsuchung statt. Dabei wurden ein PC, Disketten, Schriften, T-Shirts und Plakate zu einer Kampagne für Rudolf Heß zu dessen 13. Todestag beschlagnahmt. Diese Plakate waren einige Tage zuvor in mehreren Orten Schleswig-Holsteins und in Hamburg verklebt worden. Teilweise waren sie mit dem Logo des „Hamburger Sturm“ versehen. Die braunen Aktivisten reagierten nach dem Verbot aber prompt: Auf der Webseite des Freien Infotelefon Norddeutschland (FIT), die sich um den Vertrieb der hetzenden Heß-Pamphlete kümmert, werden die Plakatierer aufgefordert, den Schriftzug „Hamburger Sturm“ mit einem schwarzen Edding-Stift zu entfernen. Die Polizei hat Ermittlungsverfahren wegen falscher Verdächtigungen eingeleitet. Auf den Plakaten wird der britische Geheimdienst unter dem Titel „Mord“ für den Heß-Tod im Spandauer Alliierten-Gefängnis 1987 verantwortlich gemacht. Als Herausgeber fungiert ein „Institut für Volksaufklärung“.

Der „Hamburger Sturm“ greift zurück auf die Zusammenhänge der 1995 verbotenen „Nationalen Liste“ (NL) mit Thomas Wulff an der Spitze. Auch Klebe gehörte der NL an. Anschließend wurde der „Bramfelder Sturm“ kreiert, der sich dann nach einem Jahr Existenz in „Hamburger Sturm“ umbenannte. Zuletzt trat die Kameradschaft, die ungefähr 20 Personen zählt, bei zahlreichen Demonstrationen auch unter der Firmierung „Hamburger

Sturm 18“ auf. Die Ziffern stehen dabei für die Anfangsbuchstaben A und H wie Adolf Hitler. Damit marschierte die Kameradschaft neben mehreren Auftritten in Hamburg auch in Berlin und Köln.

Klebe soll einer der führenden Köpfe im Neonazi-CD-Handel sein. In Sachen „Nazirock“ und „Blood&Honour“-Strukturen werden ihm beste Kontakte nachgesagt. Er soll unter anderem die Verteilung der 1998 erschienenen CD „Rock gegen oben“ von der rassistischen Gruppe „Landser“ (Berlin) vorgenommen haben. Zuletzt trat er bei einem Blood&Honour-Konzert in Hamburg als Mitorganisator in Erscheinung, bei dem die Band „Noie Werte“ am 5. August neben den Briten „Legion of St. George“ in einer Diskothek aufspielten – geschützt von der Polizei, die sich darauf berief, bei einem als „Verlobungsfeier“ deklarierten privaten Anlass angeblich nicht eingreifen zu können. Für den Hamburger Anwalt Christian Busold, Referent für innere Sicherheit der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, ein Skandal: „Es ist unerheblich, ob es ein geschlossener Saal ist. Zur Veranstaltung war kein bestimmter Personenkreis, sondern eine unbestimmte Vielzahl“ geladen. „Wer Neonazi war, konnte rein“, so Busold.

Eine weitere schillernde Figur des „Hamburger Sturm“ ist Jan Steffen Holthusen. Er führte Ende vergangenen Jahres in Hamburg-Bergedorf eine Gruppe von Neonazis an, die eine DGB-Veranstaltung stören wollten. Er kümmerte sich persönlich um die Aktivitäten des „Club 88“ in Neumünster, offenbar auch Treffpunkt verschiedener schleswig-holsteinischer Kameradschaften. Nach Angaben des Verfassungsschutzes ist zum Dunstkreis des „Sturm“ auch der 1999 gegründete „A.H.-Verlag Hamburg“ zu zählen, für den im Blatt „Hamburger Sturm“ zuletzt massiv geworben wurde.

Trotz des Verbotes wird Hamburg Tummelplatz rechtsextremer Aktivitäten bleiben. So hat das FIT seinen Sitz an der Elbe. Zudem residiert dort das Christian Worch zugerechnete „Soziale Aktionsbündnis Norddeutschland“. Worch wird neben Wulff in den Zeitungen der „Springer-Presse“ und im „Stern“ als „Drahtzieher“ bezeichnet. Mit dieser Funktion strahlt er über die Landesgrenzen hinaus, wie die Verbindungen ins Umland oder nach Mecklenburg-Vorpommern zeigen. Hamburgs Verfassungsschutzchef Reinhard Wagner zeigte sich in einem NDR-Rundfunkinterview besorgt darüber, dass im Hamburger Umland zuletzt zunehmend Waffen bei Neonazis gefunden wurden. *B. Ohne*

Aktivitäten

Braune Web-Welt

Neonazis verwenden im Internet unverblümt ihre szenetypische Sprache.

Über amerikanische und kanadische Provider stellen die meisten deutschen Neonazis ihre Hass-Seiten ins Internet, um der Strafverfolgung zu entgehen. Zuweilen hilft ihnen auch das nichts.

„Mir ist scheiss egal gegen welche § ich hier verstosse!!!! Eines ist sicher: Dieser Staat geht und das Reich kommt wieder!!!!!!“ Der junge Mann - die Orthographie war seine Stärke nicht, was in dieser Szene öfter vorkommt - nahm kein Blatt vor den Mund in dem Medium, das er zu dem Seinen gemacht hatte, dem Internet. Bosch88 nannte er sich: Bosch wie das Bier, das in seiner Heimatstadt Bad Laasphe, gebraut wird; 88 wie „Heil Hitler“.

Anfang 1999 tauchte er im Internet auf. Eine von 330 rechtsextremen Seiten, die der Verfassungsschutz im vorigen Jahr zählte. Eine Seite, die nach einem halben Jahr wieder verschwand. Er hatte es zu toll getrieben. Und Spuren hinterlassen. Dabei hatte er gar nicht gewollt, dass im Netz jeder lesen konnte, was er absanderte: „Zutritt nur der Weissen Rasse gestattet, andere sonstige Spezies (Juden, Nigger etc.) verlassen bitte sofort diese Hausseite!“, warnten Hinweise vor dem Betreten seiner Homepage.

Wer dennoch auf das OK klickte, geriet in eine andere Welt. Die Welt der Neonazis im Netz. Wo man dem eigenen „Namen“, die „88“ anfügt, wo man noch und wieder mit „Sieg Heil“ grüßt, wo man einen guten Eindruck hinterlässt, wenn man „JewKiller“ als e-mail-Adresse führt. „Diese Seite wird das Organ wo ich meinen Hass, meine Wut, und meinen ganzen Ärger heraus schreien werde“, hatte er angekündigt. Und das tat er auch.

Nachrichten und Berichte verbreitete er, Musikstücke ließen sich herunterladen. Ein „Text des Monats“ verriet, welche Musikgruppen er bevorzugte. Hakenkreuze und Hitlerbilder „schmückten“ die Seite. Links zu deutschen und internationalen Nazianbietern - darunter Stormfront, Blood&Honour, und der KuKluxKlan - fehlten nicht. „Gas the Jews“ war auf seiner Seite zu lesen. Und er sprach aus, was und wie in dieser Szene gedacht wird: „Ich denke mal das der wahre

Feind immer noch der Jude, die Rote Drecksbrut und, der restliche Kanacken abschaum und Nigger Dreck in unserm Lande ist.“

Im Sommer letzten Jahres verstummte er. Die Polizei war ihm auf die Schliche gekommen. Bei einer Hausdurchsuchung wurde seine Computerausstattung mitgenommen. Dass ihn seine eigenen Kameraden netzöffentlich mit dem richtigen (Vor-) Namen angeredet hatten, dass er selbst Hinweise auf seinen Wohnort gegeben hatte - auch das dürfte ihm zum Verhängnis geworden sein. Dennoch: Monate dauerte es, bis das LKA alle Daten durchforstet hatte. 130 Seiten umfasste der Aktenordner mit der Auswertung der Daten. Fast ein Jahr dauerte es, bis er vor Gericht stand - wo er milde Richter fand. Das Jugendschöffengericht in Bad Berleburg sah den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt, entschied aber, Jugendstrafrecht gegen den 20-Jährigen anzuwenden: zwei Wochenenden Freiheitsarrest und eine Geldauflage von 500 Mark.

Sonderlich abschreckend auf die Szene dürfte das Gerichtsurteil nicht sein. Und auch in seinem regionalen Umfeld machen die Neonazis im WWW weiter. Vorneweg der „Siegener Bärensturm“, der schon länger im Internet vertreten ist. Dahinter steckt ein Mitglied der Sauerländer Aktionsfront, die der Düsseldorfer Landesverfassungsschutz für die „bedeutendste Neonaziszene in NRW“ hält. Verantwortlich zeichnet ein 30-Jähriger, der die Szene mit Neuigkeiten, Termin- und Veranstaltungshinweisen sowie Zeitschriftentipps versorgt. Zuweilen wird dort auch Klartext gesprochen: Wenn sie einen Krieg haben wollten, könnten sie ihn bekommen, wird Gegnern angedroht. Noch nicht so lange im Internet ist der ebenfalls im Westfälischen angesiedelte „Lennesturm“, auf dessen Gästebuchseiten schon einmal „Tod dem BRD-Polizeistaat und Tod den Itzigs!!“ propagiert wird.

Experte, was dies anbelangt, dürfte auch ein Hagerer sein, dessen Druck- und Vertriebsunternehmen auf einer schwäbischen Internetseite beworben wird. Vom Aufkleber „Döner Kebab - Nein Danke! Bewahrt die deutsche Esskultur!“ bis zum „Deutschland den Deutschen“-Motiv wird so ziemlich alles geboten. Auch die rechtsextreme Musikszene Westfalens findet sich im WWW. „Stahlhelm“ nennt sich eine Band aus Hamm, die recht neu in der Szene ist. Derzeit wird ihre Seite überarbeitet. Zuvor ließen sich einige Stücke - gekürzt, um Bootlegs zu vermeiden - mit Titeln wie „Verreck du Sau“ herunterladen.

Thomas Sager

Hintergrund**Kampf um die Straße**

Die antidemokratische Ausrichtung der NPD-Programmatik ist hinreichend belegt. Bei zahlreichen Aktionen ist die NPD auch auf die - konfliktträchtige - Unterstützung von Neonazis angewiesen.

„Der zweite dreißigjährige Krieg, der unser Jahrhundert durchtobte, kennt nur einen Sieger: das Jüdische Finanzkapital.“ Horst Mahler dagegen will die „germanische Idee der Volksgemeinschaft zu neuem Leben“ erwecken. Vorläufig hat er ein Komitee „Für Deutschland - Ja zur NPD“ ins Leben gerufen und seine Aufnahme in die NPD beantragt. Seine Positionen sind gewiss weiteres Material, das einen Verbotsantrag stützen könnte: Rassismus, Antisemitismus, völkisches Denken, Geschichtsrevisionismus, glühender Nationalismus... Der selbst ernannte Nothelfer dürfte die Not eher vergrößern als lindern.

Die NPD verbirgt ihre Ablehnung des Grundgesetzes auch gar nicht. Im Gegenteil. Der sächsische Funktionär Uwe Leichenring, Stadtrat in Königstein, verkündet: „Natürlich sind wir verfassungsfeindlich. Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung.“ In dieser Deutlichkeit sind solche Aussagen in den Schriften der NPD selten zu finden. Im Strategiepapier des Parteivorstandes heißt es zurückhaltender: „Die NPD will den Verfassungsstaat BRD zu einem freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat vervollkommen, in dem neben der Wahrung der individuellen Menschenrechte auch die Existenzsicherung des deutschen Volkes und die Erhaltung seiner Lebensgrundlagen Verfassungsrang erhalten und dem Staat eine dementsprechende Schutzfunktion für Volk und Land zugewiesen wird.“ Während zunächst ein positiver Bezug auf wesentliche Teile des Grundgesetzes suggeriert wird, scheint im zweiten Teil die grundlegende völkische Orientierung durch. Letztliches Ziel der NPD, das wird in allen programmatischen Dokumenten deutlich, ist die Schaffung einer „Volksgemeinschaft“, für die tatsächlich eine „neue Ordnung“ die Voraussetzung ist.

Als Schutzbehauptung muss es gewertet werden, wenn der Parteivorsitzende Udo Voigt verkündet: „Ich ... stelle noch einmal unmissverständlich klar, dass die NPD seit ihrer Gründung 1964 Gewalt zur

Durchsetzung ihrer Ziele strikt ablehnt, sich eindeutig zum Grundgesetz bekennt und als demokratische Partei von unten nach oben aufgebaut ist.“ Die antidemokratische Ausrichtung der Programmatik der NPD wie der Äußerungen ihrer führenden Funktionäre ist vielmehr hinreichend belegt und bedarf keiner weiteren Überprüfung. Sie war ein wesentliches Merkmal dieser Partei in ihrer 35-jährigen Geschichte. Eine neue Qualität ist lediglich darin auszumachen, dass inzwischen auf abmildernde Tarnungen häufig verzichtet wird.

Die Inhalte hätten ein jetzt diskutiertes Verbot schon längst möglich gemacht. Wenn die Ausschaltung der NPD als dringlich angesehen worden wäre, dann wäre dies in der Vergangenheit fast problemlos möglich gewesen. In der Hand gehabt hätte es die Landesregierung Baden-Württemberg. Sie hätte lediglich auf die Zurückerstattung zuviel gezahlter Vorschüsse auf die Wahlkampfkostenersatzung bestehen müssen. Zum damaligen Zeitpunkt, 1990/91, wäre es unweigerlich zum Bankrott der NPD gekommen. Überspitzt gesagt, hätte das kaum jemand bemerkt, da die NPD zugleich am Tiefpunkt ihres Einflusses angelangt war. Sie war kaum mehr als ein Stammtisch älterer Herren.

■ **Rassistische Schläger sorgen für negatives Images** ■

Dies hat sich heute grundlegend geändert. Die NPD schwimmt zwar keineswegs im Geld, doch müssen ihre Finanzen realistisch als solide eingeschätzt werden. Nach langen Jahren gelang es in Sachsen und Schleswig-Holstein erstmals wieder, in den Genuss der staatlichen Wahlkampfkostenersatzung zu gelangen, was auch für künftige Geldflüsse von Bedeutung ist. Der umfangreiche Buch- und Versanddienst, der der „Deutschen Stimme“ angegliedert ist, sorgt für zusätzliche, nicht unbedeutende Einnahmen. Die Parteizeitung selbst ist nicht mehr defizitär, sondern erscheint inzwischen regelmäßig, professionell gestaltet und vielseitiger als früher. Sie wird sogar an Kiosken vertrieben.

Die Folge sind nicht nur stabile Finanzen, sondern dies trägt auch zur angestrebten Intellektualisierung der Partei und ihres Umfeldes bei. Ein weiterer Schritt in diese Richtung ist die Reaktivierung des Nationaldemokratischen Hochschulbundes, die zwar noch nicht die gewünschten Erfolge zeigte, aber immerhin zu mehreren ideologischen Semi-

naren führte. Dem gleichen Zweck dient die Einrichtung von Vorfeldorganisationen wie der „Deutschen Akademie“ (Kaiserslautern) oder der „Staatsbürgerlichen Runde Nürnberg“, die zum Teil im Bündnis mit anderen Gruppen betrieben werden. Für deren Veranstaltungen konnten auch relativ prominente Referenten gewonnen werden, die nicht der Partei angehören, was zu verhältnismäßig hohen Teilnehmerzahlen führte. Trotzdem ist die Schulungsarbeit zweifellos noch immer einer der Schwachpunkte der Partei-Entwicklung. Kennzeichnend ist, dass als einer von wenigen Funktionären der Bildungsverantwortliche Steffen Hupka beim Parteitag im März nicht wieder in den Vorstand gewählt wurde.

Diese Schwäche wirkt sich naturgemäß besonders in einer Phase des ungleichgewichtigen Wachstums negativ aus. Nennenswerte Zuwächse gibt es fast ausschließlich in den neuen Bundesländern; fast durchwegs sind es organisationsunerfahrene Aktivisten, die beitreten. Da viele der Neuen direkt in der NPD aktiv werden und nicht zuerst die Schule der Jungen Nationaldemokraten durchlaufen, ist es nahezu unmöglich, die angestrebte Kaderorganisation zu verwirklichen. Nach dem Verbot der neonazistischen Kleingruppen zu Beginn der neunziger Jahre hatte die NPD noch gründlich gesiebt, wer aus jenem Spektrum brauchbar erschien. Die zahlreichen undisziplinierten Aktivisten der FAP blieben weitgehend vor der Tür, während die der Kaderpolitik verpflichteten Funktionäre der Nationalistischen Front mit Posten bedacht wurden. Ein solches Filtern findet heute immer weniger statt. Eine Folge ist die Mitgliedschaft rassistischer Schläger, die für das negative Image sorgen, das man eigentlich vermeiden will.

Die Begeisterung von Teilen der Mitgliedschaft für Gewalttäter wie die Polizistenmörder Kay Diesner oder Michael Berger hat zu folgenlosen Distanzierungen des Parteivorstandes geführt. Dessen Einfluss dürfte noch weiter nachlassen, wenn - wie in Thüringen - ganze Landesverbände neonazistisch durchsetzt sind oder - wie beim „Bündnis Rechts“ in Lübeck - Funktionäre in eigenen Organisationen abweichende strategische Ansätze gemeinsam mit Freien Nationalisten verfolgen. Die Strategie des „Kampfes um die Straße“ zieht besonders aktionistische Kräfte an. Da die Kampagnenfähigkeit der NPD allein nicht entwickelt genug ist, an jedem Wochenende Demonstrationen personell hinreichend zu bestücken, ist die Kooperation mit den Kameradschaften unumgänglich.

Diese verfolgen jedoch durchaus auch ihre eigenen Ziele. So kam es in Hamburg unlängst zu einem Konflikt mit dem Umfeld von Christian Worch, das im Versuch der NPD, einen Infostand durchzuführen, bereits einen Einbruch in die eigene Hoheitsphäre sah. Der „Kampf um die Straße“ führt also zu einem ständigen Wechsel von Kooperation und Konfrontation mit neonazistischen Kräften.

Der Versuch eines inhaltlichen „Tauwetters“, das auch die offizielle Bildung inhaltlicher fraktioneller Plattformen ermöglichte, muss als gescheitert angesehen werden. So haben wichtige Vertreter des nationalbolschewistischen Flügels die Partei bereits wieder verlassen oder gehen auf zunehmende Distanz (Gregor Janik, Bernd Grett, Michael Nier). Die Redaktion der zu stark DDR-nostalgischen „Sachsen-Stimme“ wurde einfach abgesetzt. Andererseits kam es in verschiedenen Regionen zu Abspaltungen aus dem aktionistischen Flügel: Bund Deutscher Patrioten (Thüringen, Sachsen), Soziale Volkspartei (Mecklenburg-Vorpommern), Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (NRW, Baden-Württemberg). Zahlenmäßig fallen die Dissidenzen nicht sehr stark ins Gewicht, doch macht es sich negativ bemerkbar, dass ein großer Teil der Ausgeschiedenen relativ erfahrene Kader sind.

So ist die Aktivität der NPD gerade in jenen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns weitgehend zum Erliegen gekommen, die früher Schwerpunkte waren. Der mitgliederstärkste Landesverband Sachsen hatte im vergangenen Jahr den Verlust von fast einem Drittel der Mitgliedschaft zu beklagen. Die Klammer, die „normale“ Bürger und Skins in der Organisation zusammenhalten soll, verliert an Kraft. Etliche Landesverbände im Westen dagegen überwinden die Stagnation nicht. Der frühere Schwerpunkt Niedersachsen ist zum Schlusslicht verkommen, Baden-Württemberg hat sich noch nicht von den Verlusten der Jahre 1990/91 erholt.

Eine Analyse des Zustands und der Perspektiven der NPD offenbart also neben einigen Stärken auch gravierende Schwächen. Die Art der aktuellen Verbotsdiskussion hilft der Parteiführung, diese Schwachstellen zu kaschieren. Stolz verweist sie darauf, dass seit Beginn jener Debatte angeblich 500 Neuaufnahmen zu verzeichnen seien. Die Steigerung des Bekanntheitsgrades ist ebenso eine unerwünschte Folge wie die Möglichkeit für die NPD, sich gegenüber der Konkurrenz von DVU und REP zu profilieren. Feige seien diese, die Solidarität mit der verfolgten NPD bleibe aus. *Jean Cremet*

Aktivitäten

Terror-Methoden

Neonazistische Kameradschaften im Hamburger Raum wollen mit massiven Drohungen den politischen Gegner einschüchtern. Dabei wird auch vor gewalttätigen Anschlägen nicht zurückgeschreckt.

Seit ungefähr eineinhalb Jahren hat sich im Hamburger Norden - konkreter gesagt im Raum Elmsborn und Pinneberg - eine kriminelle rechte Gewalt breit gemacht, wie sie sich andernorts dermaßen massiv nicht darstellt. Als Zielscheibe der Rechtsextremisten dienen dabei hauptsächlich die IG Metall, der DGB, aber auch andere Personen, die sich im „Bündnis gegen Rechts“ engagieren, allen voran die Elmsborner Bürgermeisterin Brigitte Fronzek (SPD).

Mit Drohbriefen und -telefonaten fing es an, mit gewalttätigen Anschlägen wurde die Einschüchterung seitens der Rechtsextremisten kontinuierlich fortgesetzt. Bei der Bürgermeisterin brannte die Fußmatte vor der Tür, im Dienst wie privat gab es bei ihr von Unbekannten verursachten Glasbruch. Diesen kennt auch die IG Metall. Mehrfach seit Jahresbeginn verzeichnete die Polizei Anschläge auf das Gewerkschaftsbüro sowie Farbschmiereien. Den Höhepunkt rechter Bedrohung bildeten Mordaufrufe gegen den Gewerkschaftsbevollmächtigten Uwe Zabel (43). Im April war es ein Transparent an der Autobahn, dann wenige Wochen später fand er einen Steckbrief: „Gesucht ... Schlagt Ihn, wo ihr Ihn trefft.“ Mitte Juli waren Morddrohungen gegen Zabel auf Plakaten verklebt worden.

Ende Juli reagierte der Staatsschutz dann mit einer Razzia bei sechs in diesem Zusammenhang verdächtigen Aktivisten. Bei den 15- bis 24-Jährigen wurden zahlreiche Schriften beschlagnahmt, auch rechtsgerichtete Musik auf CDs wurde gefunden. Offenbar haben sich die mutmaßlichen Gewalttäter auch Zeitungsausschnitte von möglichen Opfern aufbewahrt. In diese Richtung gehen jedenfalls jetzt Ermittlungen, die in den Kreis Segeberg hineinreichen, wo nach einem entsprechenden Pressebericht über den Historiker Gerhard Hoch ein Hakenkreuz an dessen Hausfassade gepinselt wurde.

Wie ernst zu nehmen die Drohungen gegen Zabel sind, zeigt, dass er unter Personenschutz steht. Bereits vor den Mordaufrufen kam es zu einem Zwischenfall, wo er bei einer Messerattacke nur knapp einer Verletzung entging. In diesem Fall hatte er einen „Anti-Antifa-Spion“ auf der gegenüber liegenden Straßenseite des IG Metall-Büros in Elmsborn auf seinem Parkdeck enttarnt. Dabei soll es sich um den Pinneberger Neonazi Christoph Otto handeln, wie die „tageszeitung“ in Erfahrung brachte. Er gehörte zum Umfeld der 1995 verbotenen FAP. Namensvetter Klemens Otto wird als Kopf der Kameradschaft „Pinneberger Sturm“ angesehen. Christoph Otto wurde erst in diesem Monat von der Polizei geschnappt, wie er Rudolf-Heß-Plakate klebte. Klemens Otto fungierte als Demo-Anmelder der Rechtsextremisten im Februar in Elmsborn. Beide Ottos sind wegen eines Überfalls auf einen Afrikaner 1998 vorbestraft.

■ „Anti-Antifa-Spion“ enttarnt ■

Die wöchentlichen Polizeiberichte haben es gezeigt: Der Kreis Pinneberg kommt mit rechtsgerichteten Straftaten nicht zur Ruhe. Was in Elmsborn mit „Juden raus“-Plakaten Ende letzten Jahres begann, erfasste schnell andere Gemeinden. In Tangstedt gab es eine Attacke gegen eine Punk-Wohngemeinschaft, in Tornesch wurde der Spielplatz mit Hakenkreuzen verunziert. In Bönningstedt war das städtische Jugendzentrum Angriffsziel von NPD-Plakataktionen. In Rellingen wurde massiv in Sachen Rudolf Heß plakatiert. Ungeklärt ist noch der Anschlag auf die Moschee in Uetersen.

Den Verfassungsschützern sind die Kameradschaft Pinneberg und die Kameradschaft Elmsborn bekannt. Beide zählen in etwa je 15 Personen. In der Militanz stehen sie dem jetzt verbotenen „Hamburger Sturm“ kaum nach. Verbindungen untereinander sind nicht zuletzt auf öffentlichen Demonstrationen sichtbar. Da verbrüdet man sich mit den Betreibern des „Club 88“ in Neumünster. Der Juso-Kreisverband Pinneberg und die IG Metall fordern jetzt das Verbot auch der Pinneberger und Elmsborner Kameradschaft, damit sich die Hamburger Aktivisten nicht dort breit machen. Bei einer Podiumsdiskussion vor geraumer Zeit machte ein Zuhörer die Behördenvertreter darauf aufmerksam, dass Neonazis auch in den örtlichen Schützenvereinen und Schießsportgruppen aktiv seien. Eine Reaktion auf diesen Hinweis blieb bis jetzt aus.

B. Ohne

Verfassungsschutz**Militantes Potenzial**

Die Gewaltbereitschaft ist im Südwesten gewachsen. Den rechtsextremen Parteien laufen die Mitglieder davon.

Der zerstrittene, in der Parteihierarchie bedeutendste Landesverband der Republikaner in Baden-Württemberg musste im vergangenen Jahr einen personellen Rückgang um 100 verzeichnen und verfügt nun über 1 800 Mitglieder. Dies lässt sich dem aktuellen Landesverfassungsschutzbericht entnehmen. Gegen ihre nachrichtendienstliche Beobachtung, die im Mai vom Gericht bestätigt wurde, haben die REP Berufung vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim eingelegt. Nach Erkenntnissen der Verfassungsschützer fand anlässlich der Kommunalwahlen im vergangenen Oktober eine „Kooperation mit anderen Rechtsextremisten“, auch mit NPD-Mitgliedern, statt, wobei seitens der REP „nahezu alle Parteiebenen involviert“ seien. Die DVU verfüge in Baden-Württemberg mit 1 800 über einen ihrer mitgliederstärksten Landesverbände, von dem gingen aber keine „besonderen Aktivitäten“ aus. Der sich „in einem desolaten Zustand“ befindliche NPD-Landesverband schrumpfte wieder auf 410 (- 20) Mitstreiter.

Rein zahlenmäßig haben sich die rechtsextremen Skinheads im Bundesland zwar um 30 auf 670 Anhänger reduziert. Der Bericht des Landesverfassungsschutzes zeigt aber auf, dass die Szene durchwegs älter geworden ist: 58 Prozent der Skinheads waren im Berichtszeitraum älter als 21 Jahre (im Vorjahr 50 Prozent). Gleich geblieben ist mit sieben Prozent der Anteil der Jugendlichen zwischen 16 und 17 Jahren, zurückgegangen der der 18- bis 20-Jährigen auf 35 (43) Prozent. In zunehmendem Maße sind Skinheads an rechtsextremen Gewalttaten beteiligt. Die auf 61 (50) Vorfälle, darunter 56 Körperverletzungen angestiegenen gewalttätigen Delikte wurden zu 60 Prozent von Skinheads begangen. Die einflussreiche Skinhead-Organisation Blood&Honour konnte nach Erkenntnissen der Verfassungsschützer ihre Präsenz in Baden-Württemberg verstärken und ist dort jetzt neben einer „Sektion Baden“ auch mit einer „Sektion Württemberg“ vertreten.

Die rund 300 Neonazis sind überwiegend in autonomen Personenzusammenschlüssen lose miteinander verbunden, die auch als „Nationaler Widerstand Baden-Württemberg“ öffentlich in Erschei-

nung treten würden. Als besonders aktiv wird die „Kameradschaft Karlsruhe“ genannt.

Bei einer Razzia im Umfeld des ins Gerede gekommenen Fußballvereins Waldhof Mannheim stellte die Polizei jetzt kürzlich neonazistische Materialien sicher. Von 60 vor einem Fußballspiel überprüften Personen waren 45 den rechten Skinheads zuzuordnen. Gefunden wurde Propaganda des Sturm-Verlags, der in Verbindung zu dem inhaftierten Neonazi Christian Hehl steht. Hehl gilt als Gründer der braunen Hooligan-Gruppe „The Firm“ um den SV Waldhof Mannheim. In Kontakt dazu standen die vier Skinheads, die den Brandanschlag auf das Asylbewerberheim am 16. Juli in Ludwigshafen gestanden haben, bei dem drei Kinder verletzt wurden. Der Prozess gegen die Jugendlichen soll in wenigen Wochen beginnen.

Das rechtsextremistische Potenzial in Rheinland-Pfalz stagniert nach Angaben des aktuellen Landesverfassungsschutzberichts bei 1 900 Personen, davon werden wie auch in den vergangenen Jahren 100 den Gewaltbereiten zugerechnet. Für den Berichtszeitraum waren nach Ansicht der Landesverfassungsschützer „ernstzunehmende Hinweise auf rechtsterroristische Planungen von Einzeltätern oder isolierten Kleingruppen festzustellen“, wozu auch „die anhaltende szeninterne Gewaltdiskussion“ zähle. Genannt werden im Bericht insbesondere so genannte Anti-Antifa-Aktivitäten, wobei in zwei Fällen die Urheber aus Rheinland-Pfalz stammten. Erwähnt werden eine „Anti-Antifa-Kurpfalz“ und eine „Anti-Antifa-Saar-Pfalz“, hinter der von Kennern der vorbestrafte Neonazi Stefan Michael Bar vermutet wird. Zur Skinheadszene zählen die Verfassungsschützer nach wie vor 300 Personen, die überwiegend organisierten 50 Neonazis seien als gewalttätig einzustufen.

Die NPD konnte ihren Mitgliederstand um 50 auf 250 erhöhen. Landesvorstandsmitglied ist seit März vergangenen Jahres Christian Hehl, der auch bei Blood&Honour aktiv ist.

Ihre Mitgliederzahl hielten DVU und Republikaner mit 850 beziehungsweise 600 Anhängern. Der Versuch der REP gegen ihre Beobachtung durch den Verfassungsschutz gerichtlich vorzugehen, wurde vom Obergerverwaltungsgericht Koblenz im Herbst abschlägig beschieden.

Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten in Rheinland-Pfalz ist im Berichtszeitraum auf 24 (+ 8) angestiegen, zu verzeichnen waren ebenfalls 12 (+ 1) Fälle von Schändungen jüdischer Friedhöfe, geringfügig zurückgegangen sind die sonstigen Straftaten mit 352 Delikten (- 3).

G.N.

Aktivitäten**„Hass auf Juden“**

Der Betreiber einer antisemitischen Internet-Seite präsentiert sich mit Foto und Handy-Nummer.

Während andere Betreiber rechtsextremer Homepages mit strafbarem Inhalt versuchen, ihre Seiten anonym ins Netz zu bringen, scheint es der sich „Keule“ nennende Betreiber einer solchen Homepage geradezu auf eine Strafverfolgung anzulegen. Immerhin beglückt der 29-jährige Seitenbetreiber, treffen die Eigenangaben auf seiner „Heimatseite“ zu, nicht nur mit einem Passbild und seiner Handynummer, sondern auch mit einem Kurzabriss seines gescheiterten Lebens. Danach folgte auf Realschule und Lehre zum Bankkaufmann die Bundeswehr, bei der es „auch nicht sonderlich toll“ war. Auch die Beschreibung des weiteren Berufsleben zeigt einen gesellschaftlichen Verlierer: „Heute arbeite ich auf dem Bau, da ich mit den Bürokraten in der Bank irgendwie nicht klar komme.“ Seine vorhandene rechte Einstellung hat sich zu einem einfach strukturierten antisemitischen Weltbild verfestigt: „Das Nigger schlechte Menschen sind wissen sie ja schon und der Hass gegen die Juden wächst auch von Tag zu Tag.“ Aus Hass auf das „Berliner Judensystem“ wünscht sich „Keule“: „Wenn nur alle Juden dem Vorbild von Bubis folgen würden ... KRAZT ENDLICH AB!“.

Nach eigenen Angaben hat der Seitenbetreiber „letztes Jahr bei den Rudolf Hess Aktionswochen“ über zwei Wochen in mehreren Städten Plakatmaterial und Aufkleber verklebt, die er „für über 500 DM“ vom Deutschen Freundeskreis Schwaben und dem „Zentralorgan“ bezogen haben will.

Zu „Keules“ kleiner Webpräsenz gehört auch eine Download-Seite mit in Deutschland indizierten beziehungsweise beschlagnahmten rechtsextremen Liedern, darunter mehrere CDs der Gruppe „Landsers“, der „Zillertaler Türkenjäger“ sowie der Faschoband „Die Härte“. Darunter befinden sich Titel wie: „Am Tag, als Ignaz Bubis starb“, „Hurra, hurra, ein Nigger brennt“ oder „Schlagt sie tot!“.

Den Ermittlungsbehörden sollte diese Seite inzwischen bekannt sein, war sie doch unter anderem Teil der pressewirksam angekündigten ZDF-Dokumentation über Rechtsextremismus im Internet, die am 2. August gesendet wurde. *Rudolf Kleinschmidt*

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Nation&Europa“ (NE), 50. Jahrgang, Heft 7-8/ 2000:

NE-Mitherausgeber Harald Neubauer stellt nach der verlorenen Fußball-Europameisterschaft die Existenzfrage, wie „Nationalmannschaft und postnationale Gesellschaft“ einander vertragen und weiß auch die Antwort: Übersättigung an Stelle des Kampfes für Ruhm und Ehre (bleibt die Frage, Herr N., warum Frankreich oder Italien siegreicher waren). So empfiehlt er uns „Rückbesinnung auf sich selber und auf (Deutschlands) als 'typisch' geltende Nationaltugenden“ (sagt leider nicht, was diese sind). Da setzt auch Roland Wuttke an, dem „auf Grund des NS-Traumas das nationale Selbstbewusstsein fehlt“. Gegen die globale Gleichschaltung fehle es an einem Konzept „für die ethnische, kulturelle und wirtschaftliche Substanz unseres Volk“. Es mangle an Gegenentwürfen wie in Österreich und der Schweiz gegen die „plutokratisch-sozialistische EU“. Sinnvermittlung (durch Karl Richter) müssen sich auch die Großkirchen gefallen lassen, wobei die Feststellung, dass ein „verquastetes, zusammenkonstruiertes Neu-Heidentum“ die Sinnfunktion der Kirche nicht übernehmen könne, zustimmungsfähig ist, selbst wenn nicht überall in der braunen Szene. Zu dem aktuellen Problem der Jugendgewalt liefert Herbert Rauter die Erklärung: „Früchte und Früchtchen linker Erziehung“. Freilich weist dann die Analyse, „in dumpfen Hirnen (sind hier etwa prügeln Skinheads und NPD-Nachläufer gemeint?) reift die Saat der Action-, Porno- und Horrorfilme todsicher zur späten Frucht der 1945 begonnenen 'Umerziehung' und Charakterwäsche heran“, logisch einen anderen Weg. Genauso deutlich versucht man die Distanzierung von dem als Spitzel des thüringischen Verfassungsschutzes enttarnten früheren NPD-Mitglied Thomas Dienel. Franz Schönhuber bekennt sich als Anhänger des Ständestaates nach Othmar Spann. Lob erfährt BdV-Landesvorsitzender Latussek für sein inkriminiertes Flugblatt. Antisemitismus schimmert durch bei den Berichten über russische Wirtschaftsbosse („Wer regiert Rußland wirklich“) wie auch über Hilary Clintons Wahlkampf für den US-Senat. Der noch inhaftierte frühere NPD-Vorsitzende Günter Deckert bittet nach Bruchsal um kostenlose Abgabe von „großdeutsch“(en) Briefmarken - „deutsche von Anbeginn an, 'Ostmark', Lichtenstein, Luxemburg, Schweiz“. (khr)

Hintergrund**Reich und Region**

Die Aktivisten der „neu“rechten Synergien sind Verfechter einer Europaideologie. Als Vorbild für föderalistische Modelle dient die Lega Nord.

Wenn Charles Champetier, der Nachwuchsstar des französischen GRECE, für die Sommeruniversität seiner Gruppe wirbt, dann hebt er besonders hervor, dass dort der Wein gut und die Mädchen hübsch seien. Wenn die Europäischen Synergien um den Belgier Robert Steuckers für ihre Sommeruniversität werben, die vom 29. Juli bis zum 2. August in der Nähe von Varese (Italien) stattfand, dann begnügen sie sich mit dem Abdruck des Programms und dem Nachweis, dass Unterkunft und Verpflegung auch für Menschen mit geringerem Einkommen erschwinglich sind. Ein wichtiger Umstand, da ein beträchtlicher Teil der rund 120 Dauerteilnehmer noch studiert.

Gravierender als solche Äußerlichkeiten sind die ideologischen und organisatorischen Differenzen zwischen den beiden sich befehdenden „neu“rechten Gruppierungen. Während der GRECE eine fast rein französische Angelegenheit geblieben ist, und sogar die ansonsten rührigen italienischen Anhänger dieser Strömung sich in ihren Publikationen häufig darauf beschränken, Artikel von Alain de Benoist zu übersetzen, sind die Aktivisten der Europäischen Synergien nicht nur Verfechter einer Europaideologie, sondern haben sich auch zu einer europaweiten Organisation zusammengeschlossen. Wenn die Zusammensetzung der Teilnehmenden einigermaßen korrekt die regionalen Schwerpunkte widerspiegelt, dann müssten die Sektionen in Italien und in Österreich zu den aktivsten zählen.

Die Redaktion von „ZurZeit“, dem erfolgreicherem österreichischen Schwesternblatt der „Jungen Freiheit“, war mit dem Chef vom Dienst Markus Freiling und einem weiteren Redakteur vertreten. Helmut Müller, einer der Referenten bei dem Treffen, war im vergangenen Jahr gar für kurze Zeit Chefredakteur des Blattes. Gerhoch Reisegger, auch er Referent, ist in der Bundesrepublik vor allem als ständiger Mitarbeiter der „Staatsbriefe“ aktiv. Er ist gut mit dem serbischen Vortragenden Dragos Kalajic bekannt, einem Dissidenten der Tito-Ära, der als Journalist und Künstler arbeitet. Die li-

terarischen Interessen dürfte dieser mit Laurent Schang und Max Serq von der französischen Sektion teilen, die führend an der „neu“rechten Literaturzeitschrift „Baucent“ mitarbeiten und ebenfalls zu den „Dozenten“ gehörten.

Und die Deutschen? Auch sie waren vertreten, wenn auch bei einigen wohl nicht genügend Fassungsvermögen für eine vollständige Teilnahme vorhanden war. So reiste Ellen Kositzka bereits vorzeitig ab. Vielleicht wollte sie ja nur Erfahrungen für die erste Sommeruniversität des Instituts für Staatspolitik sammeln, an der sie beteiligt ist. Die Redaktion der rechten Kulturzeitschrift „Sigill“ (demnächst „Zinnober“) war ebenso wie die der „Hagal“ vertreten. Referent Baal (eigentlich: Christian) Müller sprach wie stets über Alfred Schuler und Ludwig Klages, Marc Lüdders, Präsident von Synergion/DESG, hatte sich ein Thema aus dem Spektrum des Antikapitalismus von rechts ausgewählt. Ludwig Stahl, offenkundig ein Pseudonym, referierte über den zu Unrecht fast vergessenen Theoretiker Eugen Rosenstock-Huussy.

Im Mittelpunkt standen jedoch zwei Diskussionsrunden, die die beiden Pole der Ideologie der Synergies Européenes repräsentieren: einerseits ging es unter dem Stichwort „alpiner Populismus“ um die Entwicklung realisierbarer föderalistischer Modelle, wobei die Lega Nord als Vorbild dient, andererseits um das Rahmenthema „Der geopolitische und geostrategische Zustand der Welt“. Da das strategische Ziel der Synergien in einem europäischen Reich - möglichst bis Wladiwostok - besteht, das föderalistisch gegliedert sein soll, macht diese Schwerpunktsetzung in der Logik der „Neuen“ Rechten Sinn. Auffällig war hier die Mitwirkung von Guillaume Faye, der lange Zeit der zweite Mann im GRECE war. Inzwischen ist er mit dessen Protagonisten heftig zerstritten und arbeitet bei „Terre & Peuple“, der Organisation des früheren GRECE-Generalsekretärs Pierre Vial mit. Die Reihe der in offenem Konflikt mit dem GRECE stehenden Aktivisten wurde komplettiert durch den Rechtsökologen Laurent Ozon.

Ein weiterer Unterschied zur Sommeruniversität des GRECE, neben der Internationalität, der ideologischen Ausrichtung und den Themenschwerpunkten, war das Kulturprogramm. Das Spektrum der gebotenen Konzerte reichte von der einschlägigen Darkwave-Band „Camarata Mediolanense“ bis zu den Hammerskins von „Gesta Bellica“.

Jean Cremet

Seitenblick**Die „Nazi-Bestie“**

Rechte Mythen werden durch mangelhafte Aufklärung begünstigt.

Hinsichtlich historischer Information funktioniert das Internet wie ein Filter. Nur Themen, an denen eine breite Öffentlichkeit interessiert ist, sind präsent. Ein flüchtiger Blick ins Netz zeigt daher, worin das Erbe des Dritten Reichs vorrangig besteht: Konzentrationslager und Ariertum. Die Gräueltat dort, Heldenverehrung hier. Beide Wege führen unvermeidlich zu Heinrich Himmler. Dort der Organisator des industriellen Völkermords, hier der Hohepriester des Herrenmenschentums. „Himmler was a good guy“, ruft jemand, der sich „Weismacht“ nennt, „and he was loved by the whole white world“.

Joseph Goebbels erklärte in seinem „Anhang zum politischen Testament des Führers“, dass er sich und seine Familie umbrächte, damit die nationalsozialistische Idee weiterlebe. Himmler dagegen floh, verkroch sich und hatte statt der Idee am Ende nur seine nackte Existenz im Sinn. Auf rechten Internetseiten spielt jedoch Goebbels keine Rolle. Die überragende Referenzfigur für den Rassenwahn ist der gar nicht heroische „Reichsführer-SS“. Den Mythos kümmern Tatsachen nicht.

Angesichts der Popularität Himmlers in rechten Kreisen stellt sich die Frage, ob dessen Verklärung als Verkünder des Ariertums irgendwo seine wahre Geschichte gegenübergestellt wird. Man kommt zu einem verblüffenden Befund: Nicht nur keine aktuelle Himmler-Biografie, überhaupt nur drei umfassende Lebensbeschreibungen von 1953, 1963 und 1990, alle im Original englisch, und nur eine wurde vor 35 Jahren ins Deutsche übersetzt. Der Funktionsträger, der Name taucht selbstverständlich allenthalben auf, und kürzlich wurde sein Dienstkalender 1941/42 herausgegeben als Dokument zur Durchführung der Endlösung, aber der Mensch bleibt schemenhaft. „Unter uns leben Tausende von Himmlers“, stellte der Psychoanalytiker Erich Fromm fest; die „Banalität des Bösen“ ist nicht 1945 untergegangen. Das Schweigen zur Person Himmler ist ein guter Nährboden für Verklärungen.

Im angelsächsischen Raum gehört die „Nazi-Bestie“ längst zum Bestand des Schauerromans. Die-

se Tendenz breitet sich auch in Deutschland aus: In dem Film „Nichts als die Wahrheit“ von 1999 tritt Josef Mengele als neuer Frankenstein mit blutunterlaufenen Augen zu dräuender Musik auf. Die Nazi-Größen werden zu beliebigen Gestalten der Geschichte. Im Februar wurde auf der Berlinale der Film „Das Himmler-Projekt“ gezeigt, in dem ungekürzt die dreistündige Posener Rede vom 4. Oktober 1943 vorgetragen wird. Die wurde seinerzeit auf Schallplatte mitgeschnitten und kann in Auszügen im Internet heruntergeladen werden. Die Mörder werden ins Licht gerückt, ohne dass ihre Motive erhellt werden.

Wer sich mit Geschichte befasst, weiß, dass die Macht von Mythen und Legenden mit zunehmendem zeitlichen Abstand zu den Ereignissen wächst. Um so notwendiger ist die Sicherung von Quellen, solange es sie noch gibt. Ein Beispiel für die Schwierigkeiten der Aufklärung über Himmler ist seine Todesurkunde. Bis zum 11. Mai 1945 hielt er sich mit den Resten seines Tross am Hauptquartier des Führer-Nachfolgers Admiral Dönitz in Flensburg auf. Die Kapitulation war besiegelt, nach dem RFSS wurde gefahndet. Himmler flüchtete Richtung Süden. Er hatte sich den Schnurrbart abrasiert, eine schwarze Klappe über das linke Auge gezogen und trug Papiere auf den Namen Heinrich Hitzinger bei sich. In Meinstedt bei Zeven wurde er am 21. Mai an einem britischen Kontrollposten aufgegriffen. Im Gefangenenlager gab Himmler sich zu erkennen und wurde ins britische Hauptquartier nach Lüneburg verbracht, wo er am 23. Mai während einer Leibesvisitation auf eine im Mund verborgene Zyankalikapsel biss.

In Lüneburg existiert also eine Todesurkunde. Aber die darf nicht eingesehen werden. Anspruch auf Einsicht in Standesamtsunterlagen haben nur Familienangehörige. Freilich kann die Einsicht auch zur historischen Forschung gewährt werden. Aber das will man in Lüneburg nicht. Datenschutz für Himmler? Oder für Gudrun „Püppi“ Burwitz, seine Tochter, die durch ihre Beiträge für das Altnazi-Netzwerk „Stille Hilfe“ bekannt geworden ist? Zähes Nachbohren hat schließlich die Mitteilung zweier Angaben aus der Urkunde erbracht, die nur neue Fragen aufwerfen. Demnach starb Himmler am 24. Mai. Und die Urkunde selbst wurde am 21. August 1947 ausgestellt. Warum? Weil wie in manchem Horrormann das Gerücht umging, er lebe noch? Sein Geist jedenfalls ist lebendig, wie der Blick in jede Tageszeitung belegt. Und er wird genährt durch das Nichtwissen. *Uwe Ruprecht*

Dokumentation**Verantwortlich sein**

Der Vorsitzende des Vereins Gegen Vergessen - Für Demokratie, Hans-Jochen Vogel, fordert aktives demokratisches Engagement gegen rechts. Wir veröffentlichen einen vom Verein verfassten „Aufruf gegen die Gleichgültigkeit“ in leicht gekürzter Form.

„Die rechtsextremistischen Gewalttaten, die schon seit längerem in unserem Land um sich greifen, haben in den letzten Wochen und Monaten in alarmierender Weise zugenommen. Fast täglich werden mitten unter uns Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe oder einfach, weil sie 'anders' erscheinen, beleidigt, verfolgt oder zusammengeschlagen ja sogar ermordet. Ebenso kontinuierlich werden jüdische Friedhöfe geschändet. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden 126 Menschen verletzt und ein Mensch ermordet. Im gleichen Zeitraum wurden 1 057 ausländerfeindliche, rechtsextremistische und antisemitische Straftaten verübt, darunter ein Anschlag gegen die jüdische Synagoge in Erfurt und allein 14 Anschläge gegen jüdische Gräber. Im Juli gab es weitere Morde und Mordversuche.

Auslöser dieser Gewalttaten ist neben anderen Ursachen in erster Linie eine hasserfüllte Fremdenfeindlichkeit und ein ebenso verabscheuungswürdiger Antisemitismus. Diese Hassgefühle werden von bestimmten Kräften vor allem unter der nachwachsenden Generation mit der verlogenen Behauptung geschürt, an angeblichen oder tatsächlichen Schwierigkeiten junger Menschen seien hauptsächlich Ausländer und Juden schuld. Damit einher geht ein zunehmender National-Chauvinismus und eine immer unverhülltere Verherrlichung des NS-Regimes, dessen Verbrechen geleugnet und dessen Symbole in der Öffentlichkeit verwendet werden. Solches Gedankengut wird ... mehr und mehr auch grenzüberschreitend mit Hilfe des Internets verbreitet.

Im Zuge dieser Erscheinungen haben sich ... mehr oder weniger formlose Jugendgruppen gebildet, die einen wachsenden Gesinnungsdruck auf Gleichaltrige und in diesem Zusammenhang in so genannten 'national befreiten Zonen' eine Art soziale Kontrolle ausüben. Von solchen Jugendgruppen

gehen zunehmend Gewalttätigkeiten gegen Ausländer und gegen Jugendliche aus, die sich ihrem Druck nicht beugen. An dieser Entwicklung sind auch Organisationen beteiligt, die sich als politische Parteien gerieren. Das gilt für die DVU und in noch stärkerem Maße für die NPD. (...)

Das alles gibt Anlass zu ernster Sorge. Denn wie zur Zeit des Nationalsozialismus werden Minderheiten diskriminiert, deren Angehörige als Sündenböcke verteuelt und gegen sie zuerst verbale und dann auch körperliche Gewalt propagiert und angewendet. Aufs Neue appellieren die Agitatoren dabei an das, was Kurt Schumacher in einer Reichstagsrede gegen die Nationalsozialisten schon im Jahre 1932 den 'inneren Schweinehund' im Menschen genannt hat. Zugleich droht zumindest in der jüngeren Generation die Erinnerung an die Katastrophe zu verblassen, in die solche Aktivitäten unser Volk schon einmal gestürzt haben. (...)

Wir appellieren deshalb an alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, sich ihrer ganz persönlichen Verantwortung zu stellen. Wir ersuchen die Medien, ihre Anstrengungen fortzusetzen und zu verstärken. Wir appellieren an die Städte und Gemeinden, dem Beispiel der Kommunen zu folgen, die extremistische Exzesse nicht verharmlosen, sondern sie unter Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger brandmarken. Wir appellieren an die Parteien, die Gewerkschaften und die Kirchen und ebenso an die sozialen Verbände und die Verbände der Wirtschaft, die Mitverantwortung aller ihrer Mitglieder zum Gegenstand intensiver Diskussionen zu machen. Wir appellieren besonders an Schulen und Hochschulen sowie an Sportverbände und Jugendorganisationen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und extremistischen Äußerungen und Verhaltensweisen junger Menschen entschieden entgegenzutreten. Wir wenden uns an die Arbeitskolleginnen und -kollegen, in den Betrieben und Büros neonazistische Parolen nicht zu dulden. Wir bitten die Eltern, ihre Kinder nicht sich selbst zu überlassen und rechtzeitig mit ihnen zu reden und auf sie einzuwirken.

Jeder Einzelne hat die Möglichkeit, neonazistischen Äußerungen zu widersprechen, sich von Gewalttaten zu distanzieren und sie anzuzeigen, Schutzbedürftigen zu helfen, Irrende aufzuklären und Unbelehrbare zu isolieren. Wer es tut, verteidigt die Menschenwürde und die Demokratie. Wer es unterlässt, macht sich an einer weiteren Eskalation mitschuldig. (...)

Bücherschau**Das neunte Jahrbuch**

Das von dem Historiker Wolfgang Benz für das Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin herausgegebene „Jahrbuch für Antisemitismusforschung“ versteht sich als Forum für wissenschaftliche Beiträge zur Antisemitismus- und Minderheitenforschung, die sowohl interdisziplinär als auch länderübergreifend ausgerichtet sind. Die von Historikern, Politologen und Sozialwissenschaftlern verfassten 15 Aufsätze des neunten Jahrgangs widmen sich den unterschiedlichsten Themengebieten:

Zunächst geht es um den gegenwärtigen Rechtsextremismus in Deutschland mit einem Konferenzbericht über eine Tagung zu Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Berlin und Brandenburg sowie einem Lagebild zum Rechtsextremismus in den neuen Ländern. Präsentiert werden ferner die Ergebnisse einer Studie über den Antisemitismus unter Jugendlichen in Ost und West, woran eine Analyse des Falles eines einzelnen jugendlichen rechtsextremistischen Gewalttäters anknüpft. Ein Aufsatz zeigt das Entstehen einer nationalistischen Gegenkultur im Nachperestrojka-Russland auf. Weitere Beiträge beschäftigen sich mit der Problematik des Begriffs „Antisemitismus“, mit dem Antisemitismus in der südafrikanischen Gesellschaft, der Interpretation des Antisemitismus bei Hannah Arendt und Jean-Paul Sartre und der Gestalt des Ewigen Juden in der englischen Romantik. Unter der Überschrift „Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit“ geht es um das stellvertretende Zeugnis als Problem polnischer und deutscher Holocaust-Literatur, eine Bestandsaufnahme zum Wissen der deutschen Bevölkerung über den Holocaust vor Ende des Krieges auf Basis von Bevölkerungsumfragen, den zweifelhaften Quellenwert von Nachkriegsaussagen zur Geschichte des „Dritten Reiches“ am Beispiel des Madagaskar-Plans, die Reaktionen amerikanischer „jüdischer Zuschauer“ des Antisemitismus und die Schulbuchkontroverse um die Geschichtsdarstellung in Japan. Der abschließende Besprechungssessay widmet sich der Edition des Dienstkalenders von Heinrich Himmler.

Auch mit dem neunten Band des Jahrbuches ist wieder eine beachtenswerte Zusammenstellung von Texten über aktuelle Erkenntnisse aus der For-

schung zum Antisemitismus, Nationalsozialismus und Rechtsextremismus entstanden. Insbesondere die Beiträge von Bernd Wagner zur gegenwärtigen Lage des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern und die Ergebnisse der vergleichenden Studie zum Antisemitismus unter Jugendlichen in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen von Rudolf Welskopf, Ronald Reytag und Dietmar Sturzbecher verdienen besondere Aufmerksamkeit. Bedauerlich ist bei dem erst genannten Aufsatz allerdings, dass die genaueren Belege für die vorgetragenen Informationen und Einschätzungen fehlen.

Armin Pfahl-Traugher

Wolfgang Benz (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 9, Frankfurt/Main 2000 (Campus-Verlag), 300 Seiten, 38 DM.

Hinweis**Demokratie erfahren**

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus drohen inzwischen in einigen Regionen Ostdeutschlands zum vorherrschenden Weltbild von Jugendlichen und Erwachsenen zu werden. „Die rechtsextreme Gewalt ist kein Randphänomen mehr, sie kommt aus der Mitte der Gesellschaft“, sagt Bundestagspräsident Wolfgang Thierse. Gegen diese Entwicklungen haben sich an vielen Orten Initiativen gegründet, zahlreiche Projekte wurden entwickelt, landesweite Aktionsprogramme verabschiedet. Die Erfahrungen vor Ort sind jedoch oftmals ernüchternd, häufig werden die Initiativen allein gelassen, eine finanzielle Absicherung ist selten gewährleistet, die Unterstützung durch kommunale Mandatsträger bleibt in der Regel aus.

Der Verein Gegen Vergessen - Für Demokratie führt am 20. und 21. September in Halberstadt in Sachsen-Anhalt gemeinsam mit der Amadeu-Antonio-Stiftung und dem Verein Miteinander e.V. eine Veranstaltung „Gegen Rechtsextremismus - Initiativen für eine demokratische Gesellschaft durch“. Verschiedene Projekte und Initiativen aus den neuen Bundesländern erhalten dabei auch Gelegenheit zur Darstellung und zum Erfahrungsaustausch. Refererieren werden neben anderen Bernd Wagner und Annette Kahane. Abgeordnete der im Bundestag vertretenen Parteien sind zum Gespräch mit den Vertretern der Projektgruppen eingeladen. Vor Ort sein wird auch Wolfgang Thierse, der ebenfalls als Gesprächspartner zur Verfügung steht.

Nähere Informationen: Verein Gegen Vergessen - Für Demokratie, Tel. 0228/933890, Fax -/9338920.

Bücherschau

Selbstzeugnisse

Zu der Ausstellung „Juden in Berlin von 1938 bis 1945“ ist im Philo-Verlag ein Begleitbuch erschienen. Ebenso wie die Ausstellung, die noch bis 29. Oktober im Centrum Judaicum gezeigt wird (vgl. BNR 11/00), ist auch das von Beate Meyer und Hermann Simon herausgegebene umfangreiche Begleitbuch in 15 Abschnitte gegliedert: sie zeichnen in zwanzig Aufsätzen die einzelnen Stationen der Judenverfolgung in Berlin nach, von der Juni-Aktion und der „forcierten Auswanderung“ bis zur planmäßigen Ermordung.

Der Band, der zahlreiche Abbildungen und Dokumente enthält, versteht sich, so die Herausgeber, nicht als Katalog, sondern als Begleitband, der einmal der inhaltlichen Ergänzung und Vertiefung dienen soll, gleichwohl jedoch eine Vielzahl von Exponaten der Ausstellung abbildet, um auch denen einen Eindruck zu vermitteln, die sie nicht besuchen können.

Ein entscheidender Bestandteil dieser Ausstellung sind ja die eindringlichen Ton- und Videoaufnahmen, in denen etwa 100 Zeitzeugen von ihren Erlebnissen berichten. Sie finden ihren schriftlichen Niederschlag in den zahlreichen Selbstzeugnissen dieses Bandes, die durchgängig, gewissermaßen als persönliche Zeugnisse und Kommentare der Betroffenen, als Randtexte die Chronologie der Geschehnisse und die historische Darstellung begleiten und illustrieren, mit einer Fülle erschütternder und bedrückender Einzelheiten. Anschaulich wird dadurch, was Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Eröffnungsansprache beschrieben hat: „Hinter jeder Zahl von Getöteten und Geschundenen stehen menschliche Schicksale, menschliche Grausamkeiten“. Auf ein Foto aus dem Jahre 1938 - „Hitlerjungen bauen einen Schneemann mit Judenstern“ - sei als Beleg für Letzteres verwiesen.

Theo Meier-Ewert

Juden in Berlin von 1938 bis 1945, Begleitbuch zur Ausstellung der Stiftung „Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum“, herausgegeben von Beate Meyer und Hermann Simon, Berlin: Philo Verlagsgesellschaft 2000, 356 Seiten, 34 Mark.

Anzeige

Der Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ e.V. in Bonn wurde 1993 auf Initiative von Bürgerinnen und Bürgern ins Leben gerufen, die als politisch Verfolgte unter der NS-Diktatur und dem kommunistischen Regime der DDR gelitten haben. Sie fanden sich zusammen, um sich gegen extremistische Gewalttaten in unserem Land, die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen, Fremdenfeindlichkeit und Verteufelung von Minderheiten zur Wehr zu setzen. Zugleich waren sie sich einig in der Absicht, die Erinnerung an die Vergangenheit wachzuhalten und die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Landes zu stärken. Zu den Gründern des überparteilich orientierten Vereins gehörten Verfolgte, Politiker, Wissenschaftler, Pädagogen, Gewerkschafter, Journalisten und Leiter von Gedenkstätten. Der Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ ist im Vereinsregister eingetragen und vom Finanzamt Bonn-Außenstadt unter der Steuernummer 206 5863 0049 als gemeinnützig anerkannt. Beiträge und Spenden sind somit gemäß § 10b EStG und § 9 Nr. 3 KStG abzugsfähig. Konto: 8551707 (BLZ 380 500 00), Sparkasse Bonn
Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“, Max-Planck-Straße 3, 53177 Bonn
Telefon (0228) 93 38 90, Telefax (0228) 933 89 20, <http://www.gegen-vergessen.de>

**Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.**

- ☐ Ich bin an der Arbeit des Vereins interessiert, möchte aber derzeit nicht Mitglied werden. Ich bitte um Zusendung der Informationshefte und regelmäßiger Veranstaltungshinweise und werde dafür einen Betrag von DM _____ als Spende überweisen.
- ☐ Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“

Name _____ Vorname _____

Adresse _____

Telefon privat _____ dienstlich _____ Fax _____

Beruf/Funktion _____ Geburtsdatum _____

Verein/Verband etc. _____

Ich bin an folgenden Arbeitsbereichen interessiert: _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Meldungen**Inland**

■ **Bruchsal** - In dem Nebenzimmer einer Bruchsaler Kneipe erklärte Horst Mahler am 12. August seinen Beitritt zur NPD. Die ursprünglich in Karlsruhe angemeldete Demonstration der NPD entfiel aufgrund eines Verbotes. Zwei Neonazis wurden festgenommen, da sie Hakenkreuztätowierungen trugen und eine Reichskriegsflagge mit sich führten. Während rund 200 NPD-Gegner in Karlsruhe demonstrierten, nutzte die Parteiführung das große Medieninteresse und setzte den Eintritt Mahlers in Szene. Der ehemalige Terrorist und KPD/AO-Genosse trat Ende Mai bereits als Hauptredner bei dem von der NPD initiierten „Zweiten Tag des nationalen Widerstands“ in Passau auf. In jüngster Vergangenheit durfte Mahler als Gastautor in der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ unter anderem über die „Feindesliebe“ rasonieren.

■ **Hamburg** - In einer „öffentlichen Erklärung“ vom 9. August gibt der Neonazi Christian Worch bekannt, dass ihm der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt im Vorfeld einer Demonstration am 8. Mai in Hamburg-Altona den NPD-Landesvorsitz von Hamburg angeboten habe. Laut Worch, der sich Eigenangaben zufolge zwischenzeitlich mit Voigt überworfen haben will, wurde der amtierende NPD-Landesvorsitzende Ulrich Harder darüber nicht von Voigt unterrichtet. „Ich weiß nicht, ob es Voigt mehr geärgert hat, dass ich den Vorschlag dankend abgelehnt habe, oder ob es ihn mehr geärgert hat, dass ich den Vorgang auch Ulrich Harder mitgeteilt habe“, teilte Worch mit.

■ **Hamburg/Gera/Meschede** - In der Hamburger Innenstadt demonstrierten am 19. August rund 150 Neonazis unter Führung von Christian Worch und Thomas Wulff gegen die Springer-Presse. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hatte die von Hamburg verbotene Veranstaltung, die als Tarnveranstaltung anlässlich des 13. Todestages von Rudolf Heß eingestuft wurde, mit Auflagen genehmigt. Quer durch die Republik versuchten Mitte August Neonazis, dem Heß-Todestag zu gedenken. In Bad Bramstedt wurden 42 Neonazis vorläufig festgenommen, in Güstrow hatten sich 30 Braune zu einem Fackelzug zusammengerottet, der sich nach Eintreffen der Polizei auflöste. In Gera vereitelte die Polizei einen Demonstrationsversuch von 19 Neonazis. Im sächsischen Freital mar-

schierten 30 Rechtsextremisten mit Fackeln und Fahnen auf. In Berlin wurden 11 Teilnehmer einer Versammlung zum Heß-Todestag auf dem Gelände des ehemaligen Kriegsverbrecher-Gefängnisses in Spandau von der Polizei aufgestöbert, eine von dem Neonazi Oliver Schweigert angemeldete Demonstration für den 19. August in Berlin wurde verboten. Zu Festnahmen kam es auch noch in zahlreichen weiteren Städten. Die „Kameraden“ aus dem Sauerland können wohl mit einer „gelingen“ Aktion prahlen. 20 Neonazis aus dem Umfeld der Sauerländer Aktionsfront zogen samstagsmittags durch die Mescheder Innenstadt - vor sich ein Transparent, auf dem der englische Geheimdienst des Mordes an Heß bezichtigt wurde. Die Neonazis hatten ihre Kundgebung auf das letzte Juliwochenende vorgezogen, wohl um der gesteigerten Aufmerksamkeit der Polizei im „Gedenkmonat“ August zu entgehen.

■ **Kornwestheim** - Der Cannstatter Kreis (vgl. BNR1/2000), ein Sammelbecken von Rechtsextremisten unterschiedlicher Couleur in Süddeutschland, veranstaltet am 2. September sein 2. Sommerfest in Kornwestheim bei Ludwigsburg. Mitgetragen wird die Veranstaltung vom Stuttgarter Freundeskreis Ein Herz für Deutschland und der Deutschland-Bewegung. Das Treffen umrahmt musikalisch Swantje Swanhvit (Realname Iris-Katrin Fischer), die „bekannte patriotische Sängerin aus Norddeutschland“. Vorsitzender des Cannstatter Kreises ist Steffen Ernle; ihm stehen als Vorstandsmitglieder Karl-Peter Schlor (Stellvertreter), Anton Gassenberger (Schatzmeister), Jürgen Mohn, Hjalmar Schulze, Birgit Burkhardt, Wolfgang Gäbler und Klaus Kaden zur Seite.

■ **Mannheim** - Die Staatsanwaltschaft Mannheim hat gegen fünf Mitglieder der Neonazi-Skinband „Bosheit“, Sänger ist Andreas Wagner, Anklage wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass erhoben. Bei einer Razzia am 17. September 1999 beschlagnahmte die Polizei im Probe-raum der Band, einem Mannheimer Weltkriegsbunker, zahlreiche indizierte Liedtexte. „Bosheit“ war auch beim 2. Badischen Blood&Honour-Konzert am 16. Oktober 1999 in Pfinztal-Berghausen aktiv beteiligt. Die neonazistische Band ist im aktuellen Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg aufgeführt.

■ **Mannheim** - Bei einer Razzia in der braunen Szene um den Fußballverein SV Waldhof Mannheim wurde neonazistisches Propagandamaterial

sichergestellt. Die Polizei fand unter anderem Materialien des Sturm Verlages aus Forst bei Bruchsal, der mit dem inhaftierten Neonazi Christian Hehl in Verbindung steht. Vor einem Fußballspiel des Clubs wurden 60 Personen überprüft, von denen 45 der Neonazi-Skinszene zugeordnet werden. Vor Ort war auch das Gebrüderpaar Timo und Marco Grün. Der wegen gefährlicher Körperverletzung vorbestrafte Neonazi Marco Grün gehörte zeitweilig der NPD als Mitglied an und betreute die Kontaktadresse der German Hammerskins in Schwetzingen. Er gilt als enger Vertrauter von Hehl. Timo Grün pflegt seit Jahren freundschaftliche Beziehungen zu örtlichen Hooligans.

■ **Miesbach** - Michael Krämer aus Miesbach in Oberbayern, einst Kameradschaftsführer der Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten, heute einer der Köpfe der rechtsextremen Deutschland-Bewegung, hat im NIT-Diskussionsforum des Hamburger Neonazis Andre Goertz dazu aufgerufen, die „FDP zu übernehmen: „Die derzeitige Treibjagd gegen Rechts wird wieder viele - unter beruflichem, geschäftlichem und familiärem Druck - ins Privatleben zurückdrängen.“ Dieser „Personenkreis“, meint Krämer, „für den eine Mitgliedschaft in einer verfolgten oder observierten Partei nicht mehr in Frage kommt“, sollte der FDP beitreten. Ziel sollte sein, „wie 1986 die FPÖ“, die FDP in eine „nationalliberale Partei“ zu verwandeln: „Es geht um die bestehende Infrastruktur und die Immobilien der Partei.“

■ **Niesky** - Am 30. September soll das „1. Große Erntedankfest der volks- und heimattreuen Jugend im niederschlesischen Raum“ stattfinden. Verantwortlich zeichnet ein „JNS-Organisationsstab“ im sächsischen Niesky. Die JNS trat erstmals Mitte 1994 als damalige Jugendorganisation der „Nationalen“ öffentlich in Erscheinung; Vorsitzender war Udo Hempel. Auch nach der Auflösung der „Nationalen“ blieb die JNS, die ursprünglich unabhängig war, existent. Für das „Erntedankfest“ wird in diversen Neonazi-Homepages geworben.

■ **Nordhausen** - Das Bauordnungsamt der Stadt Nordhausen in Thüringen hatte jüngst einem Hinweis nachzugehen, wonach ein Bauvorhaben ohne entsprechende behördliche Genehmigung im Gange sei. Mitarbeiter des Bauunternehmens, die auf die Unrechtmäßigkeit des Handelns angesprochen wurden, wiesen daraufhin eine Baugenehmigung - ausgestellt und erteilt vom „Deutschen Reich, Freistaat Preußen“ (Sitz: Berlin) mit Dienstsiegel und Un-

terschrift vor. Gegen die anschließende Schließung der Baustelle gingen dann so genannte „Vollzugsbeamte“ des „Reichslandes Freistaat Preußen“, ausgestattet mit Dienstaussweisen des „Deutschen Reichs“, mit Gewalt vor. Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen Ermittlungen aufgenommen. „Kommissarischer Regierungschef“ des seit 1985 existenten „Deutschen Reichs“ ist der einstige Reichsbahnobersekretär Wolfgang Ebel in Berlin-Zehlendorf. Ziel der Mini-Truppe „Deutsches Reich“, der als „Medienberater“ Klaus Weichhaus (Ex-Bundestagskandidat der Pro DM-Partei und Weggefährte von Horst Mahler) angehört, ist die Wiederherstellung von „Deutschland als Ganzes in den Grenzen vom 31.12.1937“.

■ **Riesa** - Die im sächsischen Riesa ansässige Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft führt in ihrem 90-seitigen Devotionalienkatalog „Alles Große steht im Sturm“ (Ausgabe 2000, verantwortlich ist das NPD-Bundesvorstandsmitglied Holger Apfel) auch den Band „Werwolf-Winke für Jagdeinheiten“ zum Preis von DM 16,-. Autor ist Arthur Ehrhardt, ehemals SS-Hauptsturmführer sowie Chef der „Bandenbekämpfung“ im Führerhauptquartier, der 1951 die rechtsextreme Monatszeitschrift „Nation Europa“ gründete. In der im Januar 1945 herausgegebenen „Kleinkriegsanleitung“ werden die „grundlegenden Regeln für den Partisanenkrieg festgelegt“. Heutiger Verleger des Machwerkes ist Karl-Heinz Dissberger, zeitweilig Mitglied der Wiking-Jugend. Dissberger war Düsseldorfer Verbindungsmann von Wehrsportgruppen-Chef Karl-Heinz Hoffmann. Bis zum Verbot der militanten Nationalistischen Front belieferte Dissberger auch den Verlag und Versandhandel von Meinolf Schönborn.

■ **Schwarzenborn** - Ein von der neonazistischen Deutschen Bürgerinitiative auf dem Anwesen von Manfred Roeder in Schwarzenborn-Knüll geplantes Sommerfest vom 18. bis 20. August wurde verboten. Wie die „Frankfurter Rundschau“ berichtete, war von den Behörden vermutet worden, dass „das als private Feier deklarierte Sommerfest als Alternativstandort für die bundesweit untersagten rechtsradikalen Veranstaltungen mit Bezug zum Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß“ dienen sollte.

■ **Siegburg** - Das „Bündnis für Deutschland“ hat nach einem zwischenzeitlichen Rückzieher am 4. August erneut eine Demonstration für den 2. September in Siegburg angemeldet. Die rechtsextreme

Splittergruppe rechnet nach Angabe der Lokalzeitung mit 500 bis 1 000 Teilnehmern am 2. September. In Siegburg ist der Bundesvorsitzende des 1997 gegründeten „Bündnis“, Helmut Fleck, beheimatet. Fleck war Bundestagskandidat und nordrhein-westfälisches Landesvorstandsmitglied der Republikaner.

Ausland

■ **Italien (Bozen)** - Irritation hat in Südtirol die Meldung der österreichischen Presseagentur APA ausgelöst, die NPD wolle sich nach Südtirol ausbreiten. Recherchen der „Dolomiten“ vermeldeten jetzt eine gewisse Bestätigung dieser Meldung. Die NPD wolle Südtiroler, „die sich eine Zentrale der NPD in ihrem Land wünschen, aktiv unterstützen“, wurde dazu der Berliner NPD-Funktionär Stefan Haase zitiert. Auslöser für die Aktivität sei angeblich der verstärkt an die Partei aus Südtirol herangetragene Wunsch, in der NPD Mitglied zu werden. Deshalb prüfe der stellvertretende Bundesvorsitzende und Rechtsanwalt Hans-Günther Eisenecker, ob die rechtlichen Möglichkeiten für eine NPD-Niederlassung gegeben seien. Der Südtiroler SVP-Kammerabgeordnete Karl Zeller hält dies angesichts der „diskriminierenden Ausrichtung des NPD-Programms“ für unvereinbar mit der UN-Konvention gegen den Rassismus von 1975, der Italien beigetreten ist. Versuche der NPD, in Österreich und in der Schweiz Fuß zu fassen, sind in der Vergangenheit gescheitert. In einem Bericht des bayerischen Verfassungsschutzes heißt es, dass von den (rund 950) beobachteten NPD-Mitgliedern 20 einen österreichischen Pass besäßen.

■ **Österreich (Salzburg)** - In einem E-Mail-Rundbrief teilte Christian Rogler (s. BNR 9/00) im August seinem Kameradenkreis mit, dass er bereits im März aus der NPD ausgetreten sei. Rogler, zeitweilig Redakteur der „Deutschen Stimme“ erklärte: „Ich hätte besser gleich auf die Bedenken meiner geistigen Ziehväter Franz Schönhuber und Manfred Rouhs hören sollen, die mich vor der NPD-Führung gewarnt hatten, und fühle mich von jener Partei missbraucht, die mich offenbar als publizistisches Feigenblatt oder politischen Märtyrer instrumentalisieren wollte, in Wahrheit aber keine Anstalten zeigte, sich vom dumpfen Fremdenhass, Rassismus und der NS-Nostalgie in einzelnen Teilen der Partei ... glaubhaft zu lösen.“ Rogler, gegen den in Österreich wegen NS-Wiederbetätigung ermittelt wird, verwahrt sich gegen den NPD-Vorsitzenden Udo Voigt, der jüngst behauptet hatte, dass er „den Kontakt zur

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 17-2000 / Abo 5292719000
Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

NPD nicht abgebrochen“ habe und erwägt, gegen Voigt gerichtlich vorzugehen.

■ **Österreich (Wien)** - Der rechtsextreme „Ostara-Pressedienst“ („b-forum“) des Neonazis Frank Swoboda (s. BNR 12/00) ruft per Mailingliste zur Gewalt in der Bundesrepublik auf: „Zu der Welle von Gewalt und Rechtsextremismus kann man nur sagen und hoffen, dass es um Dimensionen noch schlimmer wird und endlich der Bürgerkrieg in Deutschland ausbricht. Das gegenwärtige Regime muss weg.“ Ein Ende der Gewalt sei erst dann möglich, wenn „alle Juden und Zigeuner raus aus Deutschland“ sind und eine „Hochverratsklage gegen alle Regierungsmitglieder“ laufe.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto